COMMUNIQUÉ DE PRESSE

PRESSEMITTEILUNG

Luxemburg, den 8. Mai 2020

Europäisch denken, Grenzkontrollen sofort abschaffen

In der Großregion wird Europa schon lange gelebt. Die sie bildenden Staaten und Regionen waren Pioniere bei der europäischen Einigung und gehörten zu den ersten, die das Schengener Abkommen mit dem Wegfall von Grenzkontrollen anwandten. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde zur Selbstverständlichkeit und territoriale Grenzen existierten nur noch auf dem Papier.

Seit einigen Wochen hat sich dies verändert. Wir erleben im Zuge der Covid-19 Pandemie einen Rückfall in alte Denkmuster, wo Grenzkontrollen wieder zum Alltag vieler Pendler*innen gehören. Als vermeintliches Mittel zur Bekämpfung der Pandemie wird das Leben ebenjener Pendler*innen durch willkürliche Kontrollen und stundenlange Staus erschwert. Auch der Europäische Binnenmarkt leidet, dadurch dass Lieferketten stark beeinträchtigt werden. Die Konsequenz: Das Vertrauen der Menschen in die EU und in das Schengener Abkommen nimmt mit der zunehmenden Dauer dieser geschlossenen Grenzen ab. **In Zeiten von radikal-nationalistischen Strömungen ist es jedoch umso wichtiger, sich zu Europa und seinen offen Grenzen zu bekennen – auch in Krisenzeiten!**

Unsere jungen Mitglieder kennen Grenzkontrollen nur aus Berichten ihrer Eltern und Großeltern. Wir sind nicht bereit hinzunehmen, dass diese wichtige Errungenschaft der Europäischen Union leichtfertig und ohne triftigen Grund aufs Spiel gesetzt wird. **déi jonk gréng und déi gréng solidarisieren sich deshalb anlässlich des morgigen Europatags mit allen Menschen, deren gewöhnlicher Alltag durch die willkürlichen Grenzkontrollen eingeschränkt wird. Wir fordern die dafür verantwortlichen Politiker*innen dazu auf, diese umgehend aufzuheben.**

Die großen Herausforderungen unserer Zeit, wie etwa die Bekämpfung der Klimakrise, die Verkehrswende, die Digitalisierung oder die Sicherstellung einer adäquaten Gesundheitsversorgung, können nur durch solidarisches und grenzüberschreitendes Handeln bewältigt werden. Wir fordern deshalb die Regierungen der Großregion dazu auf, zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen **Gipfel der Großregion** einzuberufen. **Hier gilt es, die Bewältigung der Covid 19-Krise zu evaluieren, gemeinsam festzulegen, welche Lehren daraus gezogen werden müssen und welche politischen Maßnahmen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vonnöten sind.**